Opłacono ryczałtowo. Einzelpreis 0,50 zł. bezw. 0,25 Gmk

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Goldmk monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Piłsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. V Katowice, den 7. November 1928 Nr. 74

Europäische Wirtschaftsunion.

Rede anlässlich der Warschauer Friedenskongresses von Francis Delaisi

Während dreier Jahrhunderte waren die auswärtigen Beziehungen der Kontinentalvölker von der Idee des europäischen Gleichgewichtes beherrscht, eines Gleichwichtes, das von den immer veränderlichen Militärkräften abhängig war und daher nur einen schwankenden Frieden ermöglichte.

Heute aber wird diese These durch eine neue ersetzt, und zwar durch den Begriff des ökonomischen Gleichgewichtes.

Es ist ein neues Problem, das unsere Väter nicht kennen konnten. Früher nährte sich der Bauer vom Korn seines Ackers. Die Hausfrau verwebte die Wolle ihrer Schafe. Der Handwerker arbeitete nur auf Bestellung. Der Tauschhandel überschritt kaum die Grenzen einer Provinz. Die Völker führten nur Luxusgegenstände ein. Gewürze, Seide usw., auf die sie leicht verzichten konnten. Auch der Ausgleich zwischen der Produkion und dem Konsum vollzog sich automatisch.

Aber die ungeheure Entwicklung des Dampfrosses in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts hat dies alles geändert. Heute sind alle Industrieländer gezwungen, einen grossen Teil von Rohstoffen, die zur Verarbeitung in ihren Fabriken benötigt werden, aus dem Ausland einzuführen, wie auch die Lebensmittel, die für die Ernährung der übervölkerten Städte notwendig sind. Sie können sie nur dadurch bezahlen, dass sie ins Auland eine immer grösser werdende Masse eigener Fabrikate verkaufen. Wenn ihre Ausfuhr unterbunden wird, so werden sie zu gleicher Zeit zu Arbeitslosigkeit und zu Preiserhöhungen gezwungen. Um eine innere Krise zu vermeiden, geraten sie manchmal in Versuchung, ihre Ausfuhr zum Schaden ihrer Konkurrenten zu vergrössern: sogar mit Gewalt. Und so ist der soziale wie der nationale Friede in gleicher Weise vom wirtschaftlichen Gleichgewicht der Völker abhängig.

Aus dieser Lage ergibt sich als erste Folgerung, dass es heute keinem einzelnen Volke mehr möglich ist, sein wirtschaftliches Gleichgewicht innerhalb seiner Grenzen zu verwirklichen. Die Internationale Wirtschaftskonferenz vom Jahre 1927, die auf Anregung des Völkerbundes einberufen wurde, hat einstimmig das Dogma von der Autarkie verurteilt, das ist die Idee, dass eine Nation sich allein versorgen kann.

Will das heissen, dass das Problem dieselbe allgemeine Lösung für alle Völker fordert? Zweifellos sind ein Neger, ein Mohammedaner, ein Chinese eben so Menschen wie wir Europäer. Aber diese philosophische Wahrheit ist nicht eine wirtschaftliche Wirklichkeit. Denn infolge der Differenzierung des Klimas haben sie nicht dieselben Bedürfnisse. Um Kautschuk oder Tee oder Baumwolle zu bekommen, die er unbedingt braucht, ist der Europäer gezwungen, zur Handarbeit des Eingeborenen zurückzugreifen. Aber er kann sie meistens nur mit Fabrikaten bezahlen, die unter einem anderen Klima erzeugt werden. Der Eingeborene indessen erzeugt wenig und unregelmässig. Und da die Industrie eine ausreichende und regelmässige Versorgung braucht, nimmt man Zuflucht zu Zwangsmassnahmen, die von verschiedenen juristischen und verwaltungstechnischen Formeln maskiert werden. So ist der Europäer dazu gebracht worden, bei allen exotischen Völkern die wirtschaftliche Ausbeutung durch die politische Beherrschung zu unterstützen. (Kolonien, Protektorate, Schutzzonen, Einflusszonen usw.)

Dieses Zwangssystem hat bei allen farbigen Rassen unter dem Vorwand des Nationalismus Revolten hervorgerufen, die für die nächste Zukunft eine der grössten Gefahren darstellen. Um dieser vorzubeugen, kann es nicht genügen, die theoretische Rechtsgleichheit unter allen Farbigen zu proklamieren. Sie würde praktisch in der unmittelbaren Aufhebung der meisten Versorgungsmöglichkeiten gipfeln, die Europa in Rohstoffen und exotischen Nahrungsmitteln besitzt. Man muss eine neue Formel für den Tausch mit den Eingeborenen finden, die sie wieder auf eine freiwillige und beiden Teilen gleich gewinnbringende Bahn führt. Das ist ein schwieriges Problem, ein dringliches, auf das man die Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Völkerbundes lenken muss.

*

Für die Europäer existiert diese Schwierigkeit nicht. In Belgrad wie in Valencia, in Kiew wie in Toulouse und sogar in Québec und Melbourne ist jeder Bauer bereit, sein Korn oder sein Vieh gegen Leinenkleiderr oder Lederschuhe oder gegen sonstige nützliche oder unnütze Produkte der Industrie einzutauschen. Und er wird der erste sein, der den Bau einer Eisenbahn wünschen wird, weil er weiss, dass dies den Verkauf seiner Produkte erleichtert. Hier ist kein politischer Druck notwendig, um den Tauschhandel anzuregen. Die Gleichförmigkeit der Bedürfnisse ist die wesentliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes. Hierin liegt also ein spezifisch europäisches Problem.

Wie wird es gestellt?

Wenn man eine Linie über Danzig, Stockholm, Kraków, Budapest, Florenz, Barcelona, Bilbao zieht, die dann Frankreich umschreibt, und zwischen Irland und England läuft, um wieder Bergen und Stockholm zu treffen, stellt man fest, dass sie zwei sehr verschiedene Regionen trennt.

Innerhalb dieses Kreises befindet sich eine Bevölkerung von ungefähr 230 Millionen Menschen von höchster Dichte (92 Bewohner im Durchschnitt auf den Quadratkilometer), reichlich versehen mit Fabriken, Eisenbahnen, wo die städtische Bevölkerung vorherrscht, und wo die Landwirtschaft selbst industrialisiert erscheint. (Maschinen, Trakteure, Kunstdünger). Das ist das Europa des Dampfrosses.

Ausserhalb dieses Kreises dehnen sich weite Gebiete aus, die eine ebenso zahlreiche, aber weitaus weniger dichte Bevölkerung umfassen (32 Bewohner auf einen Quadratkilometer), die fast ausschliesslich Ackerbau betreibt und wo Eisenbahnen und Strassen selten sind. Wo das mechanische Werkzeug auf dem Lande fast vollkommen fehlt und wo man sich noch der körperlichen Energie bedient, das heisst jener des Menschen, der vom Pferd und Ochsen unterstützt wird.

Von diesen beiden Gebieten Europas hat das erste nicht genug Nahrungsmittel, um sich selbst zu ernähren, das zweite entbehrt des primitivsten Komforts und der einfachsten technischen Hilfsmittel. Beide ergänzen sich, und da ihre Bevölkerung im grossen und ganzen gleich ist, so ist man natürlich der Meinung, sie könnten, allein auf sich selbst gestellt, das europäische wirtschaftliche Gleichgewicht verwirklichen. In Wirklichkeit verhält es sich aber nicht so. Wenn man sorgfältig die Statistiken studiert, die vom Völkerbund für 1925 aufgestellt wurden, konstatiert man, dass das Europa des Dampfrosses in dem betreffenden Jahre Waren im Werte von 7400 Millionen Dollar ausgeführt hat.

Im Vergleich dazu hat das Europa der Landwirtschaft nur 2033 Millionen Dollar davon aufgenommen, also kaum ein wenig mehr als ein Viertel (27.5 Proz.). Im Jahre 1914 verzehrte es noch weniger (26.8 Proz.).

Das ist hauptsächlich auf die soziale Lebenshaltung zurückzuführen, die überall in ost- und mittelländischen Europa den Grundbesitzer sich selten um eine Vergrösserung der Erträgnisse seiner Ländereien bekümmern liess, und die den Landmann in einem der Sklaverei ähnlichen Zustand fand, in dem er kein Interesse hatte, an einer Vergrösserung selbst mitzuarbeiten.

Deshalb hat das industrielle Europa sein wirtschaftliches Gleichgewicht in überseeischen Ländern gesucht. Fast ein ganzes Jahrhundert lang hat es unter grossen Kosten Millionen von Auswanderern in Länder transportiert, wo sie augenscheinlich denselben Boden fanden, dasselbe Klima wie bei ihnen zu Hause: Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien, das Kap, Australien und Neuseeland. Aber mehr noch. Es hat ihnen Eisenbahnen und Häfen gebaut, Werkzeuge und Maschinen geliefert. Und da sie dies nicht bezahlen konnten, hat es ihnen dies alles mit Hilfe von Anleihen geliefert, die in London, Paris, Amsterdam, Frankfurt usw. aufgelegt wurden. Die Folge davon ist, dass dieser Stamm Europas vom andern Ufer heute dem industriellen Europa mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe sendet als der ackerbautreibende Teil des Kontinents. Infolgedessen verkauft sie ihm eine grössere Masse ihrer Produkte.

Im Jahre 1925 haben die 140 Millionen europäischer Auswanderer über See Waren im Werte von 2845 Millionen Dollar verzehrt. Das stellt im Durchschnitt 20,3 Dollar pro Kopf dar; während die 230 Millionen Menschen vom landwirtschaftlichen Europa nur Waren im Werte von 2033 Millionen Dollar konsumiert haben: was bloss 8,80 Dollar pro Kopf ausmacht.

Alles in allem ist die Ausfuhr des industriellen Europas im Jahre 1925 folgendermassen verteilt gewesen:

38,4 Proz. in europäische Länder jenseits des Ozeans.

34 Proz. in tropische Länder, in denen eingeborene Kräfte die Arbeit verrichten.

Auf das ackerbautreibende Europa entfielen 27,5 Proz.

So hängt das wirtschaftliche Gleichgewicht des industriellen Europa zu drei Vierteln (62,4 Proz.) von Ländern ab, die ausserhalb des alten Kontinents gelegen sind.

*

Aber diese Lage ist unhaltbar.

Vor allem waren die Vereinigten Staaten vor dem Kriege jene überseeischen Länder, die am meisten Menschen, Waren und Kapitalien brauchten, die aus Europa stammten. Heute stossen sie infolge ihrer überstürzten industriellen Entwicklung (eine Folge des Krieges) die Auswanderer aus dem ackerbautreibenden Europa zurück, und schalten soviel als möglich Produkte, die in Europa hergestellt wurden (tarif Fordney), aus. Mehr noch: sie sind ihrerseits Exporteure von Waren und Kapitalien geworden, und sie gewinnen gegenwärtig auf allen ausländischen Märkten an Boden.

Während seit 1913 die verschiedenen Länder der Welt ihre Ausfuhr nur um 337 Millionen Dollar (nach dem Werte von 1913) vergrössert haben, vermehrten die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr hingegen um 785 Millionen Dollar, was beweist, dass sie ihren Konkurrenten in Europa 448 Millionen Dollar Bestellungen weggenommen haben.

Grossbritannien weist einen Rückgang von 160 Millionen Dollar seit 1913 auf, während infolge des Krieges sein industrieller Apparat sich bedeutend entwikkelt hat. Dieses Missverhältnis hat eine ständige Arbeitslosigkeit zur Folge, was gleichzeitig ein wirtschaftliches „Handikap“ und eine soziale Gefahr für dieses Land bedeutet.

Was den Kontinent betrifft, so is er weitaus mehr zurückgegangen. Er verlor 288 Millionen Dollar (Wert 1913: ungefähr 11 Milliarden gegenwärtige Francs). Wenn er bisher nicht noch schwerer betroffen wurde, so liegt das daran, dass er dank der allgemeinen Entwertung seiner verschiedenen Währungen lange Zeit

hindurch ins Ausland unter seinem Herstellungswert verkaufen konnte. Heute aber, da alle Währungen des industriellen Kontinents endgültig stabilisiert sind, wird diese den Export begünstigende Tatsache in dem Masse verschwinden, als sich die Goldpreise zum Niveau der Weltpreise erheben werden.

Dann kann man sich auf eine ernste Reduktion der Ausfuhr gefasst machen. Arbeitslosigkeit in den Fabriken, Verminderung der Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland und eine allgemeine Teuerung werden die Folge sein.

Wenn der industrielle Kontinent — und auch England — diese Gefahr vermeiden wollen, so müssen sie um jeden Preis ein neues Absatzgebiet finden.

Dieses Absatzgebiet können sie nicht mehr wie vor dem Krieg in den überseeischen europäischen Ländern finden, denn die Vereinigten Staaten führen selbst Fabrikate aus. Ihrem Beispiel folgend, entwickeln Kanada, Südafrika und Australien ihre Industrie und haben die Tendenz, ihre Märkte abzuschliessen.

Sie werden es auch nicht mehr in den tropischen Ländern finden, wo die Verschiedenheit der Bedürfnisse nicht unbegrenzte Verbreitung europäischer Fabrikate erlaubt. Uebrigens sind alle diese Länder, ob sie mohammedanisch, indisch oder chinesisch sind, im Zustand der mehr oder weniger offenen Auflehnung gegen Europa. Und diese Spannung ist nicht dazu angetan, um die Entwicklung der Geschäfte zu fördern.

Um sein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht sicherzustellen, bleibt dem industriellen Europa nur ein einziger Markt, wo es sich ausbreiten kann: nämlich Osteuropa und die Mittelmeergegend. (Jenseits der Linie Danzig—Bilbao).

Ist diese Ausdehnung möglich?

Theoretisch ja: da auf beiden Seiten der Linie Menschen gleicher Rasse leben, welche dieselbe Kultur und dieselben Bedürfnisse haben. Praktisch ja: denn es ist kein Grund vorhanden, dass die Landleute der Ukraine, der Walachei und von Portugal, mit technisch vollendeten Hilfsmitteln versehen, weniger arbeiten und hervorbringen als ihre Brüder, die in Länder ausgewandert sind, wie Kanada, wie Illinois, wie Argentinien oder Brasilien.

Das soziale Hindernis, das sie durch Jahrhunderte hindurch gehemmt hat, ist heute beseitigt. Die russischen, polnischen und rumänischen Bauern haben heute die weiteste Möglichkeit zur Erwerbung eines Kleingrundbesitzes. Wenn sie noch nicht ihre Produktion vergrössert haben, so liegt das an dem völligen Mangel an landwirtschaftlichen Geräten, die sie mit eindringlicher Beharrlichkeit fordern. Setzen wir voraus, dass man sie damit versorgt. Ihre Produktion und infolgedessen auch ihre Kaufkraft in Industrieprodukten wird sich rapid zum Niveau jener ihrer Brüder jenseits des Meeres erheben und ihr Konsum kann von den gegenwärtigen 8,8 Dollar auf 20,3 Dollar pro Kopf steigen.

Dieser Tatsache zufolge werden sich die Käufe des ackerbautreibenden Europa für 230 Millionen Einwohner um 20,3 Millionen Dollar × 230: das heisst auf
4669 Millionen Dollar erhöhen, während sie gegenwärtig
2033 Millionen Dollar betrugen, was eine jährliche Erhöhung von
2636 Millionen Dollar bedeutet.

Wenn man sich daran erinnert, dass die Gesamtheit der Ausfuhr des industriellen Europa (Grossbritannien inbegriffen) sich auf 7400 Millionen Dollar erhöht, so stellt das eine Vermehrung der Bestellungen um 35 Proz. dar.

Damit werden nicht nur die Fabriken des Kontinents und Englands voll zu tun haben: auch eine Erhöhung der Löhne würde eintreten und man könnte ohne Zweifel auch eine Verständigung mit den amerikanischen Fabrikanten treffen. Und so würde gleichzeitig eine Lösung der industriellen und der landwirtschaftlichen Krise Europas stattfinden.

*

Welches sind aber die notwendigen Bedingungen, um dieses Ziel zu erreichen?

Auf der einen Seite der Linie Danzig—Bilbao sind die Fabriken schon bereit und warten nur auf Bestellungen. Auf der anderen Seite sind die Menschen auf dem Platz und warten nur auf Werkzeuge. Aber diese sind zu arm, um sie zu bezahlen und sie brauchen Kredite.

Fasst ein Jahrhundert hat das europäische Kapital Dutzende von Milliarden notwendiger Anleihen finanziert, um die 140 Millionen Europäer auszustatten, die über den Ozean ausgewandert sind. Aber heute ist es — zum grossen Teil durch die Inflation — ruiniert, nicht mehr imstande, ähnlichen Anforderungen zu entsprechen. Es bleiben nur mehr zwei grosse Geldquellen: London und in erster Linie New York. Es ist notwendig, dass der Geldstrom, der vor und während des Krieges regelmässig von Europa nach Amerika geflossen ist, jetzt wieder von Amerika nach Europa zurückfliesst. Nur die englischen und besonders amerikanischen Kapitalien können heute die Ausstattung des akkerbautreibenden Europa finanzieren. Und das beweisst, wie unsinnig es wäre, eine europäische Wirtschaftsunion zu entwerfen, die gegen Grossbritannien und besonders gegen die Vereinigten Staaten gerichtet wäre.

Uebrigens hat der Rückstrom schon begonnen. Er hat allein die Erstarkung Deutschlands seit der Unterzeichnung des Dawes-Planes ermöglicht. Und die allgemeine Stabilisierung der Währungen wird ihm eine Ausdehnung erlauben.

Aber dafür ist eine zweite Bedingung unerlässlich. Die Sicherheit. Der amerikanische Kapitalist setzt kein Verrauen in Europa. Er stellt es sich wie ein weites Gebäude vor, wo die 17 mitbesitzenden Staaten in fortwährenden Streitigkeiten wegen der „Gänge" und „Korridore" sind, und wo jeder von ihnen bereit ist, das ganze Gebäude in Brand zu setzen, um seine Wohnung zu vergrössern. Man begreift, dass er wenig Lust hat, auf die Obligationen einer derartigen Realitätengesellschaft zu zeichnen.

Er weiss, dass der geringste bewaffnete Konflikt in Europa den unmittelbaren Zusammenbruch der von ihm gezeichneten Anleihen nach sich zöge. Damit eine grosszügige Anleihepolitik auf lange Verfallzeit Erfolg haben kann, müsste man ihm die Versicherung geben, dass der Friede in keinem Fall gestört wird.

Die amerikanische Regierung hat ihn verstanden: und deshalb hat sie von den wichtigsten europäischen Regierungen jene feierliche Erklärung verlangt, die den Krieg ächtet. Aber es ist von Bedeutung, dass der Kellogg-Pakt etwas anderes ist als ein Emissionsprospekt. Es ist notwendig, dass er tatsächlich die Politik der Regierungen inspiriert und beherrscht und sich gegenüber den Intrigen der Kabinette durchsetzt. Es wird von den Diplomaten nur in dem Masse ernstgenommen werden, in dem die europäische Meinung ihn als kategorischen Imperativ der gesamten Politik auferlegen wird.

Darin kann man den ungeheuren Nutzen aller Friedensgesellschaft erblicken. Bis jetzt wollten gewisse Wirtschafter und politische Grössen solche Vereinigungen als Utopistenvereine betrachten, welche einer Schimäre dienten und sie ignorieren. Nun aber bemächtigen sich die offiziellen Gewalten und die wirtschaftlichen Magnaten selber unserer Formeln und Ziele und erklären den Krieg für geächtet.

Ueber diese unerwartete Mitarbit freuen wir uns gewiss. Aber diese Leute sollen sich nicht wundern, wenn ihnen derselbe Zweifel begegnet, den sie einst selbst hervorgerufen haben. Damit endlich zwischen den Völkern Vertrauen herrscht, müssen solche Menschen die Parole geben, die von jeher auf beiden Seiten, ohne Hintergedanken sich uneigennützig für die Friedensidee eingesetzt haben. Gerade in dem Moment, in dem unsere stärksten Gegner unserem Beispiel folgen und wir dem erkämpften Ziel nahekommen, müssen wir mit der grössten Energie weiterkämpfen. Durch diesen Kampf erst wird in den Massen das Vertrauen wiederhergestellt werden, ohne das es keinen Kredit und also keinen Wiederaufbau Europas gibt. Wir sind jetzt die Realisten; „Utopisten" sind heute diejenigen, welche ihre Politik des Wiederaufbaues auf Misstrauen und Bewaffnung gründen wollen.

Damit aber so viele verschiedene Bestrebungen sich zweckmässig vereinigen, muss ein Koordinationsorgan da sein.

Das kann nur der Völkerbund sein. Nur da können in einer friedlichen Atmosphäre und vor den Augen der Oeffentlichkeit Verhandlungen geführt werden, die manchmal sonst an heiklen Punkten scheitern würden; nur da können private, nationale Interessen sich zum Wohl der Gesamtheit einigen.

Die finanziellen Ausschüsse des Völkerbundes haben schon in manchen Angelegenheiten (österreichische, griechische, bulgarische Anleihen) ihre Kompetenz und ihre Tüchtigkeit auf diesem Gebiet einwandfrei bewiesen. Insbesondere ist den Ausschüssen für wirtschaftliche Studien vieles za verdanken. Durch ihr Material an Statistiken wurden die Zahlen festgestellt, die wir oben erwähnt haben, und die eine genügend klare Sprache sprechen. Es war dies eine geräuschlose, wenig anerkannte Arbeit: aber gerade sie muss weitergefördert und intensiver gestaltet werden. Ohne präzise Grundlagen ist auf diesem Gebiet keine Arbeit möglich. Ausserdem aber sind schon zahllose Bestrebungen daran gescheitert, dass man die wirtschaftlichen Verhältnisse von einem andern Standpunkt betrachten wollte als von dem der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität. Was aus solchen Studien einwandfrei hervorgeht, ist die absolute Gemeinsamkeit der Interessen sämtlicher Völker und infolgedessen der Begriff eines europäischen Bewusstseins.

Zweifellos haben gewisse Kreise keine Mühe gescheut, um die Tätigkeit des Völkerbundes auf eine politische zu beschränken und damit die ersten Hoffnungen, die seine Tätigkeit hervorrief, zu vereiteln. Aber ist es nicht merkwürdig, dass selbst die Nationen, welche ihn nicht anerkannt haben (zum Beispiel Russland und die Vereinigten Staaten), an seinen Arbeiten teilnehmen, sobald sie einen wirtschaftlichen Boden haben?

Daher können wir uns die europäische Wirtschaftsunion nicht anders vorstellen, als im Rahmen des Völkerbundes.

(Aus dem soeben erscheinenden Oktoberheft der Zeitschrift „Paneuropa", Wien).

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsenbericht.

Belgien 123,94, London 43,23¼, New York 8,90, Paris 34,83¼, Prag 26,42, Schweiz 171,56½, Stockholm 238,36, Italien 46,70, Wien 125,37, Berlin 212,34, Danzig 172,92, Dollar in bar 8,88—8,35, Goldrubel 4,65.

Am Aktienmarkt notierten: Bank Dyskontowy 134,50, Bank Handlowy 120,00, Bank Polski 176,50—176,00, Bank Związku Spółek Zarobkowych 80,00, Kohle 97,99, Nobel 26,00, Lilpopy 37,00, Modrzejów 35,00, Starachowice 43,50—43,00.

Einkünfte aus öffentlichen Abgaben und Monopolen.

Für die ersten 5 Monate des Budgetjahres 1928/29, d. h. von April bis September betrugen die Einkünfte aus den öffentlichen Abgaben und Monopolen 1.023,5 Millionen zl., d. s. 46,8 Proz. des Budgets. Davon entfallen auf direkte Steuern 228,4 Mill. zl., d. s. 55,3 Proz., auf indirekte Steuern 74,8 Millionen zl. oder 47,1 Proz., auf Zolleinnahmen 170 Mill. zl. oder 51,5 Proz. und auf Einkünfte aus Monopolen 352,9 Mill. zl. oder 40,2 Proz.

Zahl der Wechselproteste.

Die Zahl der zu Protest gegangenen Wechsel in ganz Polen betrug im August 228.570, gegenüber 229.830 im Juli. Davon [illegible] durch Rechtsanwälte zu Protest im August 198.486 (Juli 199.932) durch Postämter 30.084 (29.908). Die entsprechenden Wechselsummen betragen 44.969.000 zl. (47.522.000 zl.).

Art der Stempel der kommunalen Sparkassen.

Angesichts der bestehenden Zweifel erklärt das Innenministerium, dass die kommunalen Sparkassen das Recht und sogar die Pflicht haben, ovale Stempel mit dem Staatszeichen in der Mitte und der Inschrift: „Komunalna Kasa Oszczędności (Kreis, Stadt, Wojewodschaft") am Rande zu benutzen.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Einfuhrverbot für Gerstengrütze.

Vom 1. November d. Js. ab ist die Einfuhr von Gerstengrütze (Pos. 3) 2a) in das Zollgebiet der Republik Polen bis zum 31. Juli 1929 einschl. verboten, jedoch kann der Minister für Industrie und Handel gewisse Mengen von obigem Verbot befreien.

Export Lodzer Erzeugnisse.

Im September wurden ausgeführt: 603.665 kg im Werte von 7.104.892 zl., im August 578.355 kg oder 6.288.932 zl., wobei Litauen mit einer Summe von 2.203.785 zl. an erster Stelle steht. Es folgen China, Japan mit 1.562.312 zl., Rumänien mit 1.479.301 zl. Die restliche Summe verteilt sich auf die baltischen Staaten, England, Deutschland und Oesterreich.

Ausfuhr von Textilerzeugnissen nach Persien.

Der Export von Textilerzeugnissen nach Persien im laufenden Jahre beträgt 180.000 Dollar und findet in der Hauptsache in Rumänien und der Türkei statt.

Millionenkredit für den Export nach Russland.

Die Regierung hat den Beschluss gefasst, der polnischen Handelsgesellschaft „Polros" in Warszawa durch die Bank Gospodarstwa Krajowego einen Kredit in Höhe von 1 Million Dollar zu erteilen. Dieser Warenkredit wird unseren Exporteuren nach Russland in Gestalt der Diskontierung von Wechseln der russischen Empfänger durch die Bank Gospodarstwa Krajowego gewährt, und zwar unter der Bedingung, dass die russische Regierung den polnischen Exporteuren die Erlaubnis erteilt, Waren ausschliesslich polnischer Herkunft nach Russland einzuführen.

Dieser neue Kredit wird selbstverständlich zu einer bedeutenden Steigerung unseres Exports, der bis zum Oktober nächsten Jahres ungefähr 7 bis 8 Millionen Rubel betragen soll, beitragen.

Die „Polros" beabsichtigt folgende polnische Waren auszuführen: wollenes und baumwollenes Garn, halbwollene Waren, Gummierzeugnisse, Knöpfe, Maschinen zur Holz- und Metallbearbeitung sowie für die Textilindustrie und Chemikalien.

Polnisch-russische Wirtschaftsbeziehungen.

Am 30. v. Mts. ist der leitende Direktor der polnischen Handelsgesellschaft mit Russland „Polros" nach Moskau gereist, um mit den dortigen Behörden einen Plan für den Export von Waren aus Polen und den Import russischer Waren nach Polen im kommenden Wirtschaftsjahr festzulegen.

Die „Polros" ist der festen Hoffnung, dass die russischen Behörden die Lizenz für die Einfuhr einer bedeutenden Menge polnischer Waren nach Russland erteilen werden.

Entwicklung des polnischen Seehandels am Schwarzen Meer.

In nächster Zeit wird sich eine besondere polnische Wirtschaftskommission nach Bulgarien begeben, um die Verhältnisse in den bulgarischen Häfen eingehend zu untersuchen. Die Kommission wird danach einen Plan ausarbeiten, auf Grund dessen die Häfen den Bedürfnissen des polnischen Seehandels angepasst werden können.

In bulgarischen Wirtschaftskreisen herrscht die Ueberzeugung, dass dadurch die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder zueinander gefördert werden würden.

Polnische Kohle auf den skandinavischen Märkten.

Wie die norwegische Wirtschaftspresse feststellt, sind die englischen Gruben noch immer nicht imstande, mit Polen auf dem skandinavischen Kohlenmarkte zu konkurrieren. Die englische Kohle ist zwar gattungsmässig besser, als die polnische, doch ist die oberschlesische Kohle besser sortiert und entspricht mehr den Bedürfnissen der skandinavischen Abnehmer. Selbstverständlich spielt hierbei auch eine grosse Rolle die Preisfrage. Augenblicklich nimmt Polen am skandinavischen Kohlenmarkte eine viel stärkere Position ein, als England.

Polnische Wirtschaftsexpansion in Frankreich.

Am 15. November beginnen in Paris die polnisch-französischen Verhandlungen bezgl. der Revision des Handelsvertrages, an denen seitens Polens der Gesandte Chlapowski mit Unterstützung von drei Beamten aus Warszawa teilnehmen wird.

Die Verhandlungen sollen zu einer gründlichen Revision des Vertrages von 1924 führen, wobei Polen eine Erweiterung der Meistbegünstigung für seine Waren gegenüber der bisherigen fordern wird. Angesichts der vollkommenen Veränderung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Frankreich eröffnen sich für Polen neue Aussichten für einen Massenabsatz an Waren. Polen wird danach streben zu erreichen, dass der Wert unseres Exportes nach Frankreich nicht der Höhe des französischen Imports nach Polen nachsteht. Augenblicklich kann Polen am französischen Markte bedeutende Mengen Kohle, Zement, Holz und Holzerzeugnisse, Sämereien, landwirtschaftliche Produkte, Fleisch, lebende Tiere und ähnliches günstig absetzen.

Bedeutende Schwierigkeiten für die polnische Wirtschaftsexpansion auf den französischen Märkten bereitet der Mangel an einer grossen, kaufmännischen Organisation, die mit den neuzeitlichen Methoden beim französischen Abnehmer durchdringen könnte. Wie man erfährt, wird seitens der massgebenden Kreise bereits darauf hingearbeitet, und es ist beschlossen worden, die Bildung einer solchen kaufmännischen Organisation zu fördern.

Butterausfuhr nach Frankreich.

Infolge einer übermässigen Preissteigerung für Butter am französischen Markte suchen französische Firmen ausländische Butter zu kaufen. Das polnische Generalkonsulat in Paris weist daher die interessierten Kreise in Polen auf die neue Möglichkeit des Exportes hin.

Export von Herdenvieh, Gänsen und Eiern.

Das schlechte Ernteergebnis bei Viehfutter und Heu bewirkte einen Preisrückgang für lebendes Inventar. Diese Ermässigung hat bisher keine grösseren Ausmasse angenommen, doch ist diese zu erwarten. Der Export von ungehörntem Vieh weist trotz des Rückganges infolge der in Kleinpolen ausgebrochenen Seuche auch weiterhin beachtliche Zahlen auf, die die Ziffern des Vorjahres übersteigen. Von Januar bis August d. Js. wurden ausgeführt 861.000 Stck. Herdenvieh im Werte von 138 Mill. zł., gegenüber 468.000 Stck. im Werte von 100 Mill. zł. in demselben Zeitraum des Vorjahres. Ebenso stieg bedeutend die Ausfuhr von Gänsen und erreichte im genannten Zeitraum 330.000 Stck. im Werte von 2.600.000 zł. gegenüber 246.000 Stück im Werte von 2 Mill. zł. im vergangenen Jahre.

Die Butter- und Eierpreise weisen eine Steigerung auf. Der Eierexport ging infolge der russischen Konkurrenz ein wenig zurück und betrug im erwähnten Zeitraum im Jahre 1928 40.800 to. im Werte von 104 Mill. zł., im Jahre 1927 51.300 to. im Werte von 120 Mill. zł. Zur selben Zeit wurde ausgeführt 8.000 to. Butter im Werte von 47 Mill. zł., gegenüber 4.700 to. im Werte von 24 Mill. zł., im Jahre 1927.

Beschlüsse des Wirtschaftskomitees des Ministerrats.

Am 28. v. Mts. fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrats statt, auf der die Diskussion über den Bericht über die Handelsbilanz zu Ende geführt und eine Reihe von Beschlüssen in dieser Richtung gefasst wurden.

Ausserdem wurde ein Antrag des Landwirtschaftsministers angenommen, wonach die Mühlen in Bydgoszcz zur Bildung von Getreidereserven herangezogen werden sollen. Das Referat über die Organisation der kleineren Bauernwirtschaften führte zu einer Reihe von Beschlüssen, die eine Aenderung der auf diesem Gebiete herrschenden Zustände beabsichtigen.

Schliesslich wurde ein Antrag des Finanzministers betreffend die Zusammenarbeit der Bank Gospodarstwa Krajowego mit den Selbstverwaltungskörpern angenommen.

Beginn der polnisch-litauischen Verhandlungen in Königsberg.

Am 3. d. Mts. haben in Königsberg die polnisch-litauischen Verhandlungen wieder begonnen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht die Berichterstattung der 3 Kommissionen. Vorläufig lässt sich über die Ergebnisse der Konferenz nichts voraussagen, doch weisen alle Zeichen darauf hin, dass sie einen weniger günstigen Verlauf nehmen werden. Falls die Verhandlungen in Königsberg keinen befriedigenden Erfolg zeitigen sollten, wäre dies keineswegs als ein endgültiger Abbruch der polnisch-litauischen Verhandlungen anzusehen. In diesem Falle müsste sich der Völkerbund mit der Angelegenheit befassen. Dies könnte ein Austritt Litauens aus dem Bunde verhindern, was allerdings wahrscheinlich ist.

Polnisch-lettländische Verhandlungen.

Letzthin fand im Aussenministerium eine Sitzung statt, an der Vertreter der polnischen und lettländischen Regierung teilnahmen. Hierbei wurde die Frage des Abschlusses einer Eisenbahnkonvention und eines Handelsvertrages besprochen, wobei die lettländischen Vertreter Wünsche hinsichtlich der Aenderung des Zolltarifs für Erzeugnisse, an denen Lettland ein besonderes Interesse hat, äusserten.

Polnisch-lettländische Eisenbahnkonferenz.

Angesichts der noch nicht beendeten Arbeiten zwecks Abschlusses eines neuen Eisenbahnabkommens wurde beschlossen, den bisher gültigen provisorischen Vertrag bis 1. Dezember zu verlängern. Man hofft die Arbeiten, die in vollem Gange sind, im Laufe des November beenden zu können.

Polnisch-griechischer Handelsvertrag.

Der griechische Gesandte in Warszawa Lagu Dakis hat mit der polnischen Regierung Verhandlungen zwecks Abschlusses eines neuen Handelsvertrages zwischen Griechenland und Polen angeknüpft und der polnischen Regierung das griechische Projekt vorgelegt.

Seeverkehr zwischen Amerika und Gdynia.

Eine amerikanische Schiffahrtgesellschaft beabsichtigt eine direkte Schiffsverbindung zwischen den amerikanischen Häfen und Gdynia zu eröffnen.

Einführung eines einheitlichen polnisch-danziger Eisenbahntarifs.

Am 1. November ist im Gebiete der freien Stadt Danzig ein Eisenbahntarif in Kraft getreten, der in jeder Hinsicht mit dem polnischen Tarif und den polnischen Transportbestimmungen übereinstimmt.

Inld. Märkte u. Industrien

Reorganisierung der Textilindustrie.

Bereits seit längerer Zeit widmet der Finanzberater seine besondere Aufmerksamkeit den in der Textilindustrie herrschenden, ungeordneten Verhältnissen.

Die Initiative des Finanzberaters fand in den Regierungskreisen vollstes Verständnis und Entgegenkommen. Der amerikanische Finanzberater hat die Vertreter der Lodzer Industrie zu sich gebeten und mit ihnen längere Zeit über die Reorganisation der Textilindustrie konferiert. Hierbei behandelte er den heutigen Stand der Textlindustrie kritisch und legte dar, dass die Wirtschaftspolitik dieser Industrie sich auf falschen Bahnen bewege. Die Industriellen einigten sich darauf, dass es unbedingt erforderlich sei, die Produktion und die Verkaufbedingungen unter Zugrundelegung einer engen Organisation, die sich mit der Lösung der augenblicklich bestehenden Normen befassen müsste, zu normieren. Die weiteren Verhandlungen sollen in Łódź stattfinden.

Fleischverbrauch in Polen.

Der durchschnittliche Fleischverbrauch in Polen beträgt ca. 18,4 kg pro Kopf der Bevölkerung, wovon 5,2 kg auf Rindfleisch, 1,6 kg auf Kalbfleisch, 11,1 kg auf Schweinefleisch, 0,4 kg auf Hammelfleisch und 0,1 kg auf Pferdefleisch entfallen. Der grösste Konsum ist in den westlichen Wojewodschaften 31,8 kg, bedeutend niedriger, dagegen in den östlichen 20,4 kg, es folgen die zentralen Wojewodschaften mit 16,7 kg und schliesslich die südlichen mit 12,5 kg. Selbstverständlich ist der Verbrauch dauernden Schwankungen unterworfen, und nicht zuletzt von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig.

Neuer Staatskommissar für das Naphthasyndikat.

Am 1. d. Mts. ist anstelle des bisherigen Staatskommissars beim polnischen Naphthasyndikat Ingenieurs Trzeciak, der wiederum in die Leitung der Handelsabteilung der „Polmin" zurückkehrt, Ingenieur Brzozowski getreten, der in Naphthafragen ein besonderer Sachkenner ist und an ihnen ständig lebhaft Anteil genommen hat. Gleichzeitig ist er Präsident der Naphthabank in Lwów, sowie Vizepräsident des Verbandes der polnischen Naphthaindustriellen.

Bildung eines Syndikats der Dachpappenfabriken.

Als weitere Etappe der in Katowice am 22. September stattgefundenen Versammlung der Fabrikanten von Roh- und Dachpappe fand in Warszawa in diesen Tagen eine neue Sitzung zwecks Gründung eines Syndikats statt. U. a. wurde die Frage der Quotenverteilung für Rohpappe besprochen. Auf dieser Versammlung wurde besonders hervorgehoben, dass dies nicht ein Kartell sein wird, das eine Preissteigerung zum Zwecke hat, sondern ein Syndikat, dessen nächstliegende Aufgaben folgende sein werden: Normalisierung, Standardisierung von Dach- und Rohpappe, Propagierung zwecks Hebung des Vertrauens der Konsumenten zur Pappe, die das beste und billigste Mittel zur Dachbedeckung bleiben wird. Die nächste und letzte Versammlung wird in Katowice zwischen dem 12. und 19. November stattfinden.

Milchkonsum in Polen.

Nach den amtlichen statistischen Angaben verteilt sich der tägliche Milchkonsum Polens pro Kopf der Bevölkerung wie folgt:

Warszawa 0,14 ltr., Poznań 0,25 ltr., Kraków 0,30 ltr., Lwów 0,37 ltr., Bydgoszcz 0,21 ltr., Inowrocław 0,22 ltr., Gniezno 0,15 ltr., Włocławek 0,25 ltr., Przemyśl 0,25 ltr., Grodno 0,19 ltr., Drohobycz 0,43 ltr.

Beendigung des Transportarbeiterstreiks in Gdynia.

Am 31. Oktober fand im Arbeitsministerium eine Konferenz statt, als deren Folge ein Protokoll unterschrieben wurde, kraft dessen die Parteien sich daraufhin geeinigt haben, die Regelung der Höhe der Lohnsätze einem Schiedsrichter zu übergeben. Ueber die anderen Fragen werden in nächster Zeit in Gdynia Verhandlungen gepflogen werden. Auf Grund der Unterzeichnung des Protokolls hat der Berufsverband der Transportarbeiter Polens den Streik der Transportarbeiter in Gdynia abgebrochen.

Steuern / Zölle / Verkehrs-Tarife

Steuerzahlungen im November.

Das Finanzministerium weist darauf hin, dass im Monat November folgende Steuern zu zahlen sind: 1. bis zum 15. November die 2. Rate der Grund- und Gebäudesteuern für das laufende Jahr 1928, 2. bis zum 15. November die Umsatzsteuer für Oktober von Handelsunternehmen I. und II. Kategorie, und Industrieunternehmen I. bis V. Kategorie, 3. im Laufe des November die Staatssteuer von städtischen und einzelnen Gemeindeimmobilien für das 3. Quartal, ebenso die Steuer für Lokale und unbebaute Plätze, 4. Lösung der Industriepatente und Registerkarten für das Jahr 1929.

Festsetzung eines Einfuhrzolles für Roggen.

Vom 2. November ab wird für Roggen ein Zoll in folgender Höhe festgesetzt:

aus Pos. 1/1a Roggen 11,— zł. für 100 kg.

A n m e r k u n g : Roggen mit Genehmigung des Finanzministeriums zollfrei.

Von Roggen, der gegen Frachtdokument zum direkten Transport in das polnische Zollgebiet spätestens am Vortage des Inkrafttretens obiger Verordnung aufgegeben worden ist, sowie von Roggen, der am Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung in zollamtlichen Lagern der Eisenbahn, sowie in nicht amtlichen unter Zollverschluss sich befindet, wird der erwähnte Zoll im Laufe von 7 Tagen nach dem Inkrafttreten obiger Verordnung nicht erhoben.

Zollermässigungen.

Vom 1. November d. Js. ab bis zum 30. April 1929 einschl. werden auf Grund einer im Dziennik Ustaw Nr. 91 veröffentlichten Verordnung folgende Zollermässigungen gewährt:

Pos. des Zolltarifs:	Warenbezeichnung	ermässigter Zoll in Prozenten des Normalzolles
aus 77/2a u. P. 6b	Stäbchen aus weissem Glas; Stäbchen in der Masse gefärbt — alles zur Herstellung von Glaswolle — mit Genehmigung des Finanzministeriums	20
aus 108/4a	Salpetersäure, konzentriert (über 40° Be) Nitrosesäure (Mischung von Salpetersäure und Schwefelsäure)	75
aus 135	Organische synthetische Farbstoffverbindungen zur Herstellung von Pigmentlacken mit Genehmigung des Finanzministeriums	60
aus 177/6b III u. Pk. 11a, b	Papier, ausgeführt in Pos. 177/6b III und Pk. 11a, b zur Herstellung von lichtempfindlichem Papier — mit Genehmigung des Finanzministeriums	20
aus 184/5a	Garn aus Ramiefasern in Knäueln odes auf Spulen, roh, ungezwirnt, zur Herstellung von Feuerwehrschläuchen — mit Genehmigung des Finanzministeriums	20

Zollrückerstattung bei der Ausfuhr von Chlorcalium.

Vom 4. November ab erfolgt bei der Ausfuhr von im Inland hergestelltem Chlorcalium eine Zollrückerstattung und zwar in folgender Höhe: für 100 kg. Chlorcalium 5,— zł.

Weltwirtschaft

Geldmarkt, Wirtschaft und Börse.

Berlin, Ende Oktober 1928.

Am Geldmarkte machte sich seit Mitte Oktober eine ausgesprochene V e r s t e i f u n g für sämtliche Geldarten bemerkbar, was auf den ersten Blick als widersinnig nach dem Quartalstermin erscheinen mag. Doch lässt sie sich mit der Rückzahlung von 283 Millionen Wechsel und einer Verringerung des Notenumlaufs um 298 Millionen — laut R e i c h s b a n k a u s w e i s vom 15. Oktober — recht wohl erklären. Dagegen stiegen die von der Reichsbank gewährten Lombardkredite um 56 Millionen. Durch eine weitere Steigerung des Geldbestandes durch Ankauf russischen Goldes um 21½ Millionen ist die Golddeckung der Noten auf 58,4 Proz. gestiegen. Immerhin beträgt die Gesamtentlastung, da der Rest von 13½ Millionen Reichsschatzwechsel ebenfalls begeben werden konnte, 617 Millionen Reichsmark. Die Versteifung am deutschen Geldmarkt drückte sich auch am T a g e s g e l d m a r k t aus, an dem tägliches Geld bis 8 Proz. anziehen konnte. Auch in P r i v a t d i s k o n t e n kam stärkeres Material heraus, der Satz wurde auf 6⅝ Proz. erhöht. Analog dieser Bewegung und der Tatsache, dass der Pfandbriefabsatz, besonders nach dem Auslande, ins Stocken geraten ist, ging der weitere, wenn auch geringere Rückgang besonders der 8-proz. P f a n d b r i e f e. Dasselbe gilt von der durchschnittlichen Obligationsrendite, die bei sinkenden Kursen ebenfalls eine kleine Steigerung erfahren hat. Nicht nur der Geldbedarf der Industrie scheint nach längerer Pause wieder stärker hervorzutreten, auch der Geldbedarf der teilweise erheblich verschuldeten K o m m u n e n bleibt nach wie vor dringend. Während aber besonders die Schwerindustrie in der Lage ist, ihren Geldbedarf einigermassen vorteilhaft im Ausland zu decken, müssen die Kommunen dem Inlandsmarkt schwere Bedingungen zugestehen. So legt die Stadt Breslau ihre 8-proz. 15 Millionen Anleihe, die sie dringend benötigt mit nur 93½ Proz. zur Zeichnung auf, der Bezirksverband Kassel verlangt für seine ebenfalls 8-proz. 5 Mill. Anleihe 92¾ Proz. und die Stadt Zwickau für 5,25 Millionen 8-proz. Anleihe sogar nur 92½ Proz., was, ohne Berücksichtigung der Disagios, ein Verzinsung von 8,66 Proz. bedeutet. Allerdings muss man berüchsichtigen, dass die 8-proz. Anleihe-Kurse der kleineren Städte in Berlin fast durchweg jetzt nur noch 92 Proz. notieren und auch in England hat man mit der Kölner Anleihe keine guten Erfahrungen gemacht, da diese ihren Emmissionskurs nicht einmal kurze Zeit halten konnte. Auch Pfandbriefe werden bei dem jetzt stockenden Auslandsabsatz im Inland neu aufgelegt. So fordert die Rheinisch-Westfälische Boden Creditbank in Köln zur Zeichnung von 10 Millionen 8-proz. Goldpfandbriefe zum Kurse von 97½ Proz. auf. Der a m e r i k a n i s c h e G e l d m a r k t zeigt trotz unverminderter Börsenhause keine Verknappung, natürlich kann von einer Flüssigkeit ebeso wenig die Rede sein; bei geringfügigen Geldkündigungen seitens der Banken springt der Satz von Tagesgeld innerhalb einigen Stunden von 6½ auf 8½ Proz. Die Maklerdarlehen steigen weiter rapide, doch zeigen sich jetzt die Federal Reservebanken nach ihren mannigfaltigen fruchtlosen Attaken passiv, sei es, dass sie die Wahlen abwarten wollen, sei es, dass sie ihre Taktik nach dem kürzlich erfolgten Tode ihres Präsidenten Strong, des „amerikanischen Schacht", ändern wollen, dagegen ist in L o n d o n sozusagen täglich — nämlich jeden Donnerstag — mit einer Diskonterhöhung zu rechnen, zumal die Goldverkäufe andauern.

In der Wirtschaft drückt die Entscheidung im westdeutschen Arbeitskampf, der drohende Formen anzunehmen beginnt. In Essen haben vorläufig der Arbeitergeber der Metallarbeiter beschlossen, zum 1. November ihrer gesamten Arbeiterschaft zu kündigen. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig pro Stunde, die Arbeitgeber wollen trotz der rückgängigen Konjunktur den jetzt gültigen Tarifvertrag um ein weiteres Jahr verlängern und darüber hinaus mit ihren Arbeitnehmern ein Sonderabkommen treffen, das auch dem geringbezahltesten Arbeiter einen Mindeststundenlohn von 63 Pfennig sichert. Die Gewerkschaften haben dieses Angebot abgelehnt und bestehen auf ihre Forderung ohne Abstrich. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen in diesen Tagen. Um eine Einheitsfront gegen die Gewerkschaften zu bilden, haben die Textilindustriellen beschlossen, zum 27. Oktober alle Arbeiter auszusperren. Wenn auch eine Einigung mit der Eisenindustrie noch nicht erfolgt ist, so wollen die Arbeitgeber hier ihren Beschluss als Abwehrmassnahme gegen die Taktik der Gewerkschaften, die dauernd versuchen, durch nacheinander folgende Teilstreiks in den verschiedenen Bezirken die örtlichen Arbeitgeberverbände zum Nachgeben zu zwingen, durchsetzen. Durch solche Kampfeinstellung erhält dieser Arbeitskampf weit über seinen Rahmen hinaus eine prinzipielle Bedeutung, und drhht zu einer Wirtschaftskatastrophe zu werden; ist doch auch der Lohntarif der Bergarbeiter von diesem ebenfalls zum 1. November gekündigt worden. Im niederschlesischen Bergbau, der allerdings die bisher schlechtest bezahlten Arbeiter hatte, ist es indessen zu einer Einigung gekommen. Der Konjunkturrückgang, der weitere Preiserhöhungen verbietet, erschwert diesmal eine Einigung ausserordentlich. Die Entwicklung am rheinisch-westfälischen Eisenmarkt in diesem Herbst hat die Industrie recht enttäuscht. Der Handel hat das letztemal im Dezember vorigen Jahres aus Anlass der bevorstehenden Lohnerhöhung eine regere Kauftätigkeit entwickelt, bewahrt aber nun wie die schlechtbeschäftigte weiterverarbeitende Industrie völlige Zurückhaltung. Besonders der Roheisenbedarf hat nachgelassen, während die Selbstkosten der Werke bei gleichbleibenden Preisen schon durch die erhöhten Frachten gestiegen sind. Dass man zu weitgehendem Entgegenkommen in der Schwerindustrie gegenüber neuen Kunden bereit ist, beweist die bevorstehende 100 Millionen Warenanleihe, die Otto Wolff dem jugoslavischen Staat zu gewähren gewillt ist. Auch im Siegerland wird ausserordentlich über die Verschlechterung der Verhältnisse im Erzbergbau geklagt. Die Haldenbestände wachsen trotz Fördereinschränkungen weiter, ebenso durch die Frachterhöhungen die Selbstkosten, auch die Beschäftigung bei den Walzengiessereien ist schlecht u. die Arbeitslosigkeit, seit langem gebannt, greift wieder um sich. Zu allem kommen als neue Belastung für die Wirtschaft die steigenden Reparationslasten. Im Jahre 1929 sind 300 Millionen mehr als in diesem Jahr zu zahlen. Ausserdem fallen die Gewinne aus Münzgewinn und die Ueberschüsse der vorigen Jahre weg, zusammen ebenfalls fast 300 Millionen. Da die Ueberschüsse des laufenden Jahres nicht, wie es erst schien, erheblich sein werden, müssen also 1929 über eine halbe Milliarde neue Steuern aufgebracht werden, für die Alkohol- und Erbschaftssteuern herhalten sollen. Bei der Verschärfung der Alkoholsteuer denkt man wohl neben der Erhöhung der Branntwein- u. Biersteuer auch an die Wiedereinführung der Weinsteuer, da dieses Jahr ein grosses Weinjahr zu werden verspricht. Bei der Erbschaftssteuer kommt Herabsetzung des steuerfreien Mindestsatzes und Besteuerung des Gattenerbes in Frage. Nicht nur in diesem Zusammenhang ist die Hauptaufmerksamkeit nicht nur der deutschen Wirtschaftskreise auf die endgültige Regelung der Dawesverpflichtungen gerichtet, Parker Gilbert sucht zwischen Amerika, England und Frankreich zu vermitteln. Sein Vorschlag heisst: Endgültige Schuldsumme 30 statt 40 Milliarden, dafür Aufhebung des Transferschutzes. Von dieser Summe sollen 16 Milliard. zur Zahlung der allierten Schulden an Amerika, der Rest zur Entschädigung für Frankreich zur Wiederaufbauvollendung und zur Zahlung an England verwandt werden. Wenn die Ver. Staaten den Allierten auf die vorgenannten 16 Milliarden Nachlass gewähren, sollen auch die Zahlungen für Deutschland entsprechend vermindert werden. Am 15. Dezember beginnen die Sachverständigen ihre Arbeit, doch sieht die Situation nicht nach Einigung aus: Amerika denkt nicht im entferntesten an Schuldennachlass und weder England noch Frankreich halten eine Herabsetzug der Schuldsumme um 10 Milliarden für diskutabel. Bei der zweiten Daweskonferenz wird es sich nicht nur um Beratung zur Flüssigmachung einer grossen Reparationsanleihe handeln, an der besonders Frankreich liegt, sondern die Kommissionen werden vor allen Dingen die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands untersuchen müssen. Erst aus dem Ergebnis dieser Feststellungen werden die Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Leider sind — wohl auch aus Gründen des ungelösten Reparationsproblems — an der Börse nicht die geringsten Anzeichen einer Tendenzbesserung zu verspüren. Trotz des guten Berichtes in der Aufsichtsratsitzung der I. G. Farben über Steigerung der Produktion und des Absatzes auf fast allen Gebieten im neuen Jahre und über neue Erweiterungspläne lagen diese weiter besonders schwach und streiften den Kurs von 350 Proz. Polyphon konnten nach nunmehr erfolgten Einführung in London ihren Kurs nicht behaupten. Fest lagen dagegen Leonhard Tietz u. Rud. Karstadt-Aktien nicht nur auf die bevorstehende Einführung der Karstadt-Aktien in New-York, sondern infolge der dauernd günstigen Nachrichten über die Entwicklung des Warenhausgeschäftes. In der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nannte Alfred Tietz von Leonhard Tietz in erfreulicher Offenheit Umsatzziffern, mit allen Einzelheiten, aus denen zu entnehmen war, dass der Umsatz von 1913 bis 1927 in seinem Betrieb ziffermässig auf das Doppelte, mengenmässig infolge der Preissteigerung um ein Drittel gestiegen ist. Doch stellte T. fest, dass die Kaufkraft gesunken sei, da die Kundschaft im Durchschnitt eine 15 Proz. schlechtere Ware kaufe als früher, auch sei der Nettonutzen im Verhältnis zum Umsatz kleiner geworden. Im allgemeinen musste auch der Vortragende eine unbedingte Machtsteigerung der Warenhäuser zugeben. In diesem Zusammenhange ist nicht uninteressant, dass die Leonhard Tietz A.-G. für das laufende Geschäft einen 3½ Millionen Dollarvertrag in New-York abgeschlossen hat. Die Karstadt A.-G., hat jetzt auch im Auslande grosse Pläne, sie hat jetzt sogar, zusammen mit Galeries Nouvelles Renies eine Einheitspreisgesellschaft — das neue Spezialfach der Karstadt nach amerikanischem System — mit einem Anfangskapital von 10 Millionen Frs. in Paris gegründet. Ferner ist das neu gegründete Einkaufskartell der Warenhäuser R. Karstadt, L. Tietz A.-G., Hermann Tietz, Fried und Alsberg G. m. b. H. und A. Wertheim G. m. b. H., zu erwähnen, das als neue, ausserordentlich potente wirtschaftliche Grossmacht anzusehen ist. Die Aktien der Ges. für el. Unt. wiesen eine gewisse Festigkeit auf, die mit der internationalen Neugründung der Sofina, des Hauptaktionärs der Ges. für El., die mit einem Kapital von 100 bis 300 Millionen belgischen Frank ausgestattet sein wird, zusammenhängt. Auch Berliner Handelsges. lagen auf die Freigabe-Kapitalserhöhung hin 4:1 zu pari zeitweise fest. (Bezugsrechtswert ca 37 Proz). Krügerstoll lagen auf Kapitalserhöhungsgerüchte hin fester. Ausserordentlich schwach lagen weiter Autowerte, besonders Daimler und N. A. G., bei denen sich die noch immer fehlende Konzentration ungünstig auswirkt und Ablösungsanleihe wo die müde gewordene Spekulation Selbstexekutionen vornahm.

Heinz Lindenberg.

MARKTBERICHT

der Firma **L. Rübenstein,** Getreidegrosshandlung, **Olmütz.**

Die amerikanischen Weizen-Preise haben ihre fallende Richtung beibehalten. Die sichtbaren Vorräte haben sich nicht vermindert, ja im Gegenteil die Schätzungen bringen immer höhere und höhere Bestandzahlen. Der europäische Importbedarf lässt immer noch zu wünschen übrig. Mitteleuropa versorgt sich mit eigener Ware hinreichend, weil auch die Qualitäten derart sind, dass sie einer Aufbesserung nicht bedürfen. Aber auch die einfuhrbedürftigen östlichen Gebiete Asiens, sollen mit dem Einkauf stark zurückhalten, sodass man auf den amerikanischen Märkten keinen Impuls für die Haussepartei sieht.

Roggen hat sich in der abgelaufenen Berichtswoche in Amerika gut gehalten. Kleine Zufuhren haben eine günstige Steigerung hervorgerufen, doch wurden die Kursgewinne auf den Terminmärkten sofort realisiert. Merkwürdigerweise haben sich in Deutschland die Roggenpreise ziemlich behauptet, was offenbar mit den schwachen Zufuhren im Zusammenhange stehen dürfte. Die Feldarbeiten an den Hackfrüchten sind noch immer nicht beendet. Ob sich die Zurückhaltung der Käufer bei den verstärkten Zufuhren noch weiter ausbilden wird, werden wir schon in den nächsten Tagen sehen. Nicht unbedeutend ist bei der Beurteilung der europäischen Preisbildung der Einfluss eines verstärkten, rumänischen Roggenimportes. Bisher konnte Rumänien fast gar keinen Roggen ausführen, wiewohl die Ernte dort Rekordziffern aufweist. Man hat also in Europa damit zu rechnen, dass auf dem mitteleuropäischen Markt der rumänische und ungarische Export als Preisregulator nicht aus dem Auge zu lassen ist.

Auf den europäischen Mais-Märkten macht sich im Gegensatz zu Amerika eine leichte Abschwächung bemerkbar. Schon jetzt treten Offerten rumänischen Maises auf. Wie aus den amerikanischen Börsenberichten zu entnehmen ist, sind die Bestände an effektiver Ware bedeutend kleiner, als im vorigen Jahre um die gleiche Jahreszeit. Wenngleich die Maispreise relativ hoch sind, bieten sie ob der drängenden europäischen Nachfrage den Farmern keinen Anreiz zu grösseren Abgaben. Es macht sich in Amerika eine Erhöhung des Schweinebestandes bemerkbar, sodass es nicht ausgeschlossen ist, dass der Mais im eigenen Betrieb der Farmer Verwendung finden wird. Es sieht so aus, als ob in Europa der Entwicklung der Maispreise weiter keine Bedeutung beigelegt wird, nachdem Gerste in minderen Qualitäten genügend vorhanden ist, welche zu Verfütterungszwecken weit unter dem Maispreise Verwendung findet.

Mitarbeit an der wirtschaftlichen Entwicklung Polens.

In Brüssel ist eine Gesellschaft gegründet worden mit einem Kapital von 25 Mill. Franken, die sich zum Ziele gesetzt hat, an der wirtschaftlichen Entwicklung Polens mitzuarbeiten, sich an allen polnischen Unternehmungen zu beteiligen, insbesondere Kredite zu gewähren.

Industrieversöhnungskonferenz in Schweden.

Die neue schwedische Regierung gibt laut B. T. bekannt, dass sie zur Verwirklichung eines ihrer an erster Stelle stehenden Programmpunkte für Ende November eine auf drei Tage berechnete soziale Konferenz berufen werde. Diese soll geeignete Massnahmen zu einer wirklichen Förderung des Arbeitsfriedens und des Einvernehmens im Wirtschaftsleben des Landes erwägen. Die Verhandlungen der Konferenz sollen öffentlich sein. Der Plan der Konferenz ist noch nicht ausgearbeitet. Er wird in nächster Zeit Gegenstand von Beratungen der Regierung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Wie verlautet, wird die Regierung etwa 250 Personen zur Teilnahme an der Konferenz auffordern. Der Sozialminister, Staatsrat Lübeck, bezeichnet die Konferenz als einen Versuch, auf dem Wege der Freiwilligkeit den Willen zum Einvernehmen und zur Zusammenarbeit zu mobilisieren und zu stärken, der sich auf dem schwedischen Arbeitsmarkt immer deutlicher auf beiden Seiten bemerkbar zu machen beginne.

Verschlechterte russische Handelsbilanz.

Nach vorläufigen Angaben betrug die Ausfuhr über die europäische Grenze im verflossenen Geschäftsjahr 636 Millionen Rubel gegen 678 Millionen im Vorjahre, die Einfuhr 820 Millionen Rubel gegen 624 Millionen im Vorjahre. Das tatsächliche Passivum ist bedeutend geringer, da eine beträchtliche Menge Einfuhrwaren im Rahmen des deutschen 300-Millionen-Kredits angekauft worden sind

Konzert des Guarneri-Quartetts in Beuthen.

Din Konzerdirektion Th. Cieplik schreibt uns:

Eine angenehme Abwechslung im Konzertleben Beuthens und eine besondere Feier für alle Kammermusikfreunde wird das einzige Konzert des weltberühmten Guarneri-Quartetst am Freitag, den 16. November abends 20 Uhr im Konzerthaussaal, Beuthen bedeuten. — Unter den Kammermusikvereinigungen, die wir haben, nimmt das Guarneri-Quartett eine ganz besondere Stelle ein. Dieses „klanglich nicht zu übertreffende Quartett" (Signale 31. Okt. 1928) steht heute in der ersten Reihe aller Streichquartette und wird überall stürmisch gefeiert. Jeder einzelne Mitwirkende spielt ein echtes Guarneri-Instrument. Das Programm bringt folgende Quartette: Haydn G-dur, Borodin, D-dur, Reger Es-dur.

Eintrittskarten von 1.50, bis 4.50 Mk. sind im Musikhaus Cieplik und in den Zigarrenhandlungen Königsberger u. Spiegel zu haben.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und Verlag: Dr. Alfred Gawlik. Katowice. — Verlag: „Hermes" Sp. z ogr. odp., Katowice. — Druck: Śl. Zakl. Graf. i Wyd. „Polonia" S. A. Katowice